

Wiener Stadt-Bibliothek.

70395 A

49/1

W I E N E R
S O Z I A L D E M O K R A T I S C H E
B Ü C H E R E I

DER KAMPF
UM DIE MACHT.

VON
OTTO BAUER

W I E N 1 9 2 4

VERLAG DER ORGANISATION WIEN DER
S O Z I A L D E M O K R A T I S C H E N P A R T E I

n 70395

Was müssen wir tun, um die Macht im Staat den bürgerlichen Parteien zu entreißen, um die Herrschaft in der Republik der Arbeiterklasse zu erobern? Das ist die Frage, die wir beantworten wollen.

Um aber diese Frage zu beantworten, müssen wir einen Blick auf die Vergangenheit werfen. Denn nur aus den Klassenkämpfen der Vergangenheit lernen wir den großen Klassenkampf unserer Zeit, den großen Kampf der Arbeit gegen das Kapital verstehen. Die Kämpfe der Vergangenheit müssen wir kennen, um die Wandlungen zu begreifen, die sich heute in den bürgerlichen Parteien vollziehen, um die neuen Aufgaben zu erkennen, die die neue Zeit unserer Partei stellt — die neuen Aufgaben, die wir erfüllen müssen, wenn wir die Macht erobern wollen.

J. N. 104910



Feudaladel und Großbourgeoisie.

Nach der Niederwerfung der Revolution von 1848 herrschte in Oesterreich der Absolutismus. Der Kaiser, seine Generale und seine Bürokraten herrschten über alle Klassen der österreichischen Völker.

Dieser Absolutismus brach auf den Schlachtfeldern von Magenta und Solferino (1859), von Königgrätz (1866) zusammen. Durch diese Niederlagen geschwächt, mußte der Kaiser die Macht mit den beiden wirtschaftlich stärksten Klassen der österreichischen Völker teilen: mit dem Feudaladel und mit der Großbourgeoisie.

Der Feudaladel — das war die Klasse der Großgrundbesitzer. Ihren Kern bildete der alte Hochadel. Mit dem Hochadel waren die Kirchenfürsten, die Bischöfe und Äbte eng verbunden.

Die Großbourgeoisie — das ist die Klasse der Kapitalisten. Zu ihr gehören die Hochfinanz, die Bank- und Börsenmagnaten, die Großindustriellen und großen Kaufleute. Mit ihr eng verbunden war der Amtsadel, die hohe Bürokratie bürgerlicher Abstammung, waren auch die führenden Schichten der Intelligenz: die Professoren und Advokaten.

Der Feudaladel und die Großbourgeoisie, die alten Herren des Bodens und die neuen Herren der Industrie, die Privilegierten des Blutes und die Privilegierten des Goldes — sie gewannen nach dem Zusammenbruch des Absolutismus Anteil an der Staatsgewalt.

Die altösterreichische Verfassung (Februarpatent 1861, Dezemberverfassung 1867) war ein Kompromiß zwischen dem Kaiser, seiner Generalität und Bürokratie einerseits, dem Feudaladel und der Großbourgeoisie anderseits. Die eigentliche Herrschaft behielt die Verfassung dem Kaiser, seiner Bürokratie und Generalität vor; sie allein verfügten über das Heer, sie allein beherrschten die Verwaltung. Aber durch das Parlament gewannen die beiden Klassen, die in dem Parlament herrschten, der Feudaladel und die Großbourgeoisie, einen Anteil an dieser Herrschaft.

Der Feudaladel und die Großbourgeoisie wagten es nicht, die Macht des Kaisers, der Generale, der Bürokraten zu bekämpfen. Aber in dem Parlament standen Feudaladel und Groß-

bourgeoisie, die Grafen und die Fabrikanten, die Bischöfe und die Professoren einander feindlich gegenüber, kämpften sie gegeneinander um den Anteil an dieser Macht. Die Geschichte Österreichs in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts war die Geschichte des Klassenkampfes zwischen dem Feudaladel und der Großbourgeoisie.

Die Großbourgeoisie suchte ihre Stütze in den Massen des mittleren und kleinen Bürgertums der deutschen Städte. Sie trat daher als Vorkämpferin des gesamten deutschen Bürgertums sowohl gegen den Polizeistaat und die Kirche, als auch gegen die aufsteigenden slawischen Nationen auf. Die Liberale Partei vereinigte unter der Hegemonie¹⁾ der Großbourgeoisie die Massen des deutschen Bürgertums.

Im Kampfe gegen die Großbourgeoisie stützte sich der Feudaladel einerseits auf die Massen der Bauern in den deutschen Mittelländern, die der Einfluß der Kirche in seiner Gefolgschaft erhielt, andererseits auf die slawischen Nationen, die Tschechen, Südslawen und Polen, als deren Vorkämpfer gegen die Herrschaft der deutschen Großbourgeoisie er auftrat.

Die liberale Großbourgeoisie wollte Österreich als zentralisierten Einheitsstaat erhalten, der Feudaladel wollte es in ein loses Bündel der historischen „Königreiche und Länder“ rückverwandeln. Die deutsche Großbourgeoisie verteidigte die Vorherrschaft der deutschen Sprache in Schule und Amt, der Feudaladel kämpfte für den Gebrauch der Sprachen seiner slawischen Hinterlassen in den Schulen und Ämtern. Die liberale Großbourgeoisie verteidigte die individuellen Freiheitsrechte gegen polizeistaatliche Bevormundung und kirchlichen Gewissenszwang, der Feudaladel kämpfte für die Befestigung der Autorität der staatlichen und der kirchlichen Obrigkeit gegen die einzelnen Staatsbürger.

Unter dem „Bürgerministerium“ (1867 bis 1870) und dem „Doktorministerium“ (1871 bis 1878) herrschte die liberale Partei: das deutsche Bürgertum unter der Hegemonie der Großbourgeoisie. Unter den Regierungen des Grafen Sotomayor (1871) und des Grafen Taaffe (1879 bis 1893) herrschte der Feudaladel: unter der Hegemonie des Feudaladels bildeten die Vertreter der deutschen klerikalen Bauern und der slawischen Nationen die regierende Mehrheit des Parlaments.

Im Kampfe gegen die Großbourgeoisie versuchte es der Feudaladel, alle von der Großbourgeoisie ausgebeuteten Klassen

1) Hegemonie = Führung, Vorherrschaft.

seiner Führung zu unterwerfen: die Handwerksmeister, die die kapitalistische Fabrik niederkonkurrierte oder der kapitalistische Zwischenhandel sich untertan machte, die Bauern, die der kapitalistische Wucher, der kapitalistische Handel ausbeutete, ja selbst die Arbeiter, die sich gegen die kapitalistische Ausbeutung aufzulehnen begannen. Vertreter des Hochadels, wie die Grafen Hohenwart und Belcredi, der Prinz Liechtenstein, vor allem aber der Baron V o g e l s a n g, traten als Ankläger gegen den Kapitalismus auf, sie verlangten Schutzgesetze für Handwerker und Arbeiter, freilich nur für die von den liberalen Kapitalisten ausgebeuteten Industriearbeiter, beileibe nicht für ihre Landarbeiter, sie stellten dem Kapitalismus das Ideal eines „christlichen Sozialismus“ entgegen, eines Neubaus des ganzen Gesellschaftskörpers auf ständischer Grundlage, mit Zwangsgenossenschaften der Handwerker und der Bauern als Basis und der Landtafel des Adels als Spitze, eines Neubaus also nach dem Vorbild der mittelalterlichen feudalen Gesellschaft. Der „christliche Sozialismus“ der achtziger Jahre versprach den Volksmassen ihre Befreiung von der Ausbeutung durch die kapitalistische Großbourgeoisie, um sie in die Gefolgschaft des Feudaladels zu locken, sie im Dienst des Feudaladels gegen die Großbourgeoisie auszuspielen.

So war in dieser Periode die ganze Entwicklung Oesterreichs durch den Klassengegensatz zwischen dem Feudaladel und der Großbourgeoisie beherrscht. Das mittlere und das kleine Bürgertum und die Bauernschaft bildeten noch nicht selbständige Mächte, sondern waren die Gefolgschaft der beiden Herrenklassen — die einen die Gefolgschaft der liberalen Großbourgeoisie, die anderen die Gefolgschaft des klerikalen Feudaladels. Die Arbeiterklasse endlich, in den Städten von der Großbourgeoisie, auf dem Lande vom Feudaladel ausgebeutet, von liberalen und feudalen Regierungen gleichermaßen unterdrückt, von allen politischen Rechten ausgeschlossen, hatte auf die Entwicklung der Ereignisse noch fast keinen Einfluß.

Das Kleinbürgertum gegen die Herrenklassen.

Standen die Massen des Bürgertums in den sechziger und siebziger Jahren unter der Hegemonie teils des Feudaladels, teils der Großbourgeoisie, so setzten in den achtziger Jahren Bewegungen ein, die das kleine und mittlere Bürgertum von der Hegemonie der beiden Herrenklassen zu befreien suchten.

In den achtziger Jahren entwickelten sich innerhalb des deutschösterreichischen Bürgertums die **deutschenationalen Parteien**. Stand die liberale Partei unter der Führung der

Großbourgeoisie und der mit ihr eng verknüpften zentralistischen Bürokratie, so wollten die deutschnationalen Parteien das Bürgertum von dieser Führung befreien. Gegen die Großbourgeoisie verfochten sie die Befreiung des Staates von der forrumptierenden Herrschaft der Hochfinanz, gegen die Bürokratie verfochten sie die Befreiung der deutschbürgerlichen Politik von ihrer Unterordnung unter die österreichischen Gesamtstaatsinteressen, unter die Hausmächtsinteressen der Dynastie. Da jüdische Kapitalisten einen sehr großen Teil der Großbourgeoisie bildeten, vollzog sich die Emanzipation des Bürgertums von der großbourgeoisien Führung unter der Flagge des Antisemitismus.

In Wien erstarkte in den neunziger Jahren die christlichsoziale Partei. Auf die Massen der Kleingewerbetreibenden gestützt, die sich gegen die Konkurrenz der Fabriken und der großen Warenhäuser und gegen die Verwandlung der Handwerksmeister in Heimarbeiter des Handelskapitals auflehnten, wurde die christlichsoziale Partei, von Lueger geführt, in den neunziger Jahren zur Massenpartei des Wiener Bürgertums. Je stärker sie wurde, desto selbständiger wurde sie gegen die Feudalherren, die den christlichen Sozialismus ursprünglich begründet hatten.

Der Kampf der Deutschnationalen und der Christlichsozialen gegen die Liberalen war ein Klassenkampf des kleinen und mittleren Bürgertums gegen die Großbourgeoisie, ein Kampf der kleinbürgerlichen Demokratie gegen die großbürgerliche Plutokratie¹⁾.

Gleichzeitig erstarkte aber auch die Arbeiterklasse. Unter Viktor Adlers Führung auf dem Gaisfelder Parteitag (1888) zusammengefaßt, hat die Sozialdemokratie den Ausnahmezustand gesprengt, die Arbeitermassen organisiert und in den Kampf um das allgemeine Wahlrecht geführt.

Die feudale Regierung Taaffe wollte den Wahlrechtskampf der Arbeiterklasse dazu benützen, um die durch das Erstarken der Deutschnationalen und der Christlichsozialen bereits erschütterte liberale Partei vollständig zu zerschmettern. Zu diesem Zweck schlug Taaffe 1893 die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in den Wahlkurien der Städte und der Landgemeinden vor, während die Wahlkurien des Großgrundbesitzes und der Handelskammern unverändert bleiben sollten. Aber gegen diesen Wahlreformvorschlag lehnte sich nicht nur die bedrohte liberale Großbourgeoisie auf, sondern auch der Feudaladel, der die Vernichtung seines alten Feindes, der Großbourgeoisie, nicht mit der Stärkung seines neuen, aufsteigenden

¹⁾ Plutokratie = Herrschaft der Reichen.

Feindes, der Arbeiterklasse, erkaufen wollte. Die liberale Großbourgeoisie und der Feudaladel stürzten Laaffe und vereinigten sich in der Koalitionsregierung Windischgrätz-Plener. Die beiden Klassen, die bisher einander bekämpft hatten, vereinigten sich miteinander zur Abwehr der aufsteigenden kleinbürgerlichen und proletarischen Demokratie.

Aber diese Koalitionsregierung, von der kleinbürgerlichen wie von der proletarischen Demokratie heftig bekämpft, durch inneren Gegensatz zerrissen, stürzte 1895. Ihr Resultat war die Kompromittierung der liberalen Partei, die sich ihrem historischen Gegner, den Feudalklerikalen, in die Arme geworfen hatte, sobald der Ansturm der Volksmassen sie bedrohte. Die Wahlen von 1897 brachten den Liberalen eine schwere Niederlage; Deutschnationalen und Christlichsoziale traten an ihre Stelle. Die Emanzipation des kleinen und mittleren Bürgertums von der Führung der Großbourgeoisie war vollzogen. Zugleich zogen die ersten Vertreter der Arbeiterklasse in das Parlament ein.

War die parlamentarische Machtstellung der Großbourgeoisie zerbrochen, so fiel die Macht in die Hände des Feudaladels zurück. Die Regierungen der Grafen Badeni (1895 bis 1897) und Thun (1898 bis 1899) vereinigten noch einmal unter der Führung des Feudaladels die Vertreter der deutschen klerikalen Bayern und des slowakischen Bürgertums. Aber die Deutschnationalen bekämpften das feudale Regime mit der Waffe der Obstruktion. Die Obstruktionenkämpfe verschärften den nationalen Gegensatz zwischen deutschem und tschechischem Bürgertum. Der Wille des Nationalismus, die durch Oesterreich ging, vermochten die Christlichsozialen nicht standzuhalten. Anfangs schwankend, mußten sie sich schließlich unter die Führung der gegen Badeni und Thun kämpfenden Deutschnationalen stellen; sie lösten sich damit von der feudalen Führung vollends los. Der Kampf der „deutschen Gemeinbürgerschaft“ gegen Badeni und Thun war der Klassenkampf des mittleren und kleinen Bürgertums gegen den Feudaladel. Nachdem es sich zuerst von der Führung der Großbourgeoisie befreit hatte, versuchte das Bürgertum, nun auch die Macht des Feudaladels zu zertrümmern. Und im Kampf gegen die feudale Regierung fand das Kleinbürgertum auch die Unterstützung der Arbeiterklasse, die sich 1897 gegen die Vergewaltigung des Parlaments durch Badeni, 1899 gegen die Ukroisierung des ungarischen Ausgleichs (Zuckersteuer!) durch Thun erhob.

Je heftiger der Kampf der „deutschen Gemeinschaft“ gegen die slowakisch-feudale Regierung wurde, desto schwerer wurde es den klerikalen Vertretern der alpenländischen deutschen

Bauern, unter der feudalen Führung im Bunde mit Tschechen, Südslawen und Polen gegen das deutsche Bürgertum auszuhalten. Die Bauern, von den Kaplänen geführt, rebellierten gegen die Bischöfe, die die politische Kraft der Bauernschaft in den Dienst des Feudaladels stellten. Die alpenländischen Klerikalen begannen sich von der feudalen Führung zu befreien und sich den Christlichsozialen zu nähern, um schließlich in der christlich-sozialen Partei aufzugehen.

Sobald sich auch die Klerikalen Bauern von der feudalen Führung befreiten, wurde die Herrschaft des Feudaladels unmöglich. Nach dem Sturze Thuns im Jahre 1899 wurde kein Versuch mehr unternommen, die feudal-klerikal-slawische Mehrheit nochmals zu erneuern. Der Feudaladel konnte so wenig mehr herrschen wie die Großbourgeoisie. Die Regierungsgewalt fiel daher in die Hände der Bürokratie (Regierungen Clary, Wittel, Körber).

Aber hatten auch Großbourgeoisie und Feudaladel die Führung verloren, so bestanden doch noch die Wahlrechtsprivilegien fort, auf die sich ihre Herrschaft gestützt hatte. Die alte Wahlordnung widersprach den neuen Machtverhältnissen. 1905 nützte die Arbeiterklasse die russische Revolution und den Konflikt des Kaisers mit dem ungarischen Adelsparlament aus, um diese Wahlrechtsprivilegien zu zerbrechen, die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes zu erzwingen. Die Wahlkurien des Großgrundbesitzes und der Handelskammern, die bisher dem Feudaladel und der Großbourgeoisie ihre Vertretung im Parlament gesichert hatten, verschwanden. In dem 1907 zum ersten Male auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gewählten Parlament waren die Vertreter der liberalen Großbourgeoisie und des Feudaladels beinahe verschwunden, die Vertreter der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Parteien besetzten die Mehrheit der Bänke, ihnen stand bereits eine starke Vertretung der Arbeiterklasse gegenüber. Die kleinbürgerliche Demokratie, die sich soeben an die Stelle der feudalen und der großbourgeoisien Plutokratie gesetzt hatte, hatte sich bereits gegen den Ansturm der proletarischen Demokratie zu wehren.

Der Absolutismus der Bürokratie.

Großbourgeoisie und Feudaladel hatten seit 1867 abwechselnd mittels ihrer parlamentarischen Regierungen den Staat beherrscht. Sobald aber ihre parlamentarische Machtstellung zertrümmert war, wurden sie zu Gegnern des parlamentarischen Regierungssystems überhaupt. Nur mittels büro-

kräftiger, von der Kleinbürgerlichen Parlamentsmehrheit unabhängigen Regierungen konnten sie nunmehr den Staat beherrschen. Sie bekämpften daher nunmehr das parlamentarische Regierungssystem, das die Exekutive der Legislative unterwirft, sie forderten vollkommene Selbstständigkeit der Exekutive gegenüber der Legislative¹).

Die nationalen Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien ermöglichten es der Großbourgeoisie und dem Feudaladel, dieses Ziel vollständig zu erreichen. Zwar wurde nach der Neuwahl von 1907 der Versuch unternommen, in der Regierung Beck die Vertreter der deutschen, tschechischen und polnischen bürgerlichen Parteien in eine gemeinsame Regierung zu vereinigen; aber diese Regierung scheiterte an dem nationalen Gegensatz in ihrem Schoße, der durch die großbourgeoise Presse und durch feudale Intrigen planmäßig verschärft wurde. Nach Beck's Sturz (1908) fiel die Regierungsgewalt in die Hände der Bürokratie zurück (Regierungen Wienertk und Stürgkh).

Die slawischen bürgerlichen Parteien bekämpften die Regierungen der deutschen zentralistischen Bürokratie mit der Waffe der Obstruktion; um so enger schlossen sich die deutschen bürgerlichen Parteien diesen Regierungen an. Deutschnationale und Christlichsoziale wurden zur Gefolgschaft und Stütze der herrschenden Bürokratie.

Da die slawische Obstruktion das Parlament stilllegte, regierten der Kaiser und die Bürokratie selbstherrlich. An die Stelle von parlamentarisch beschlossenen Gesetzen traten die kaiserlichen Verordnungen auf Grund des § 14. Die Verfassung von 1867, ein Kompromiß des Kaisers und seiner Bürokratie mit dem Feudaladel und der Großbourgeoisie, wurde völlig zerlegt, sobald der Aufstieg der Kleinbürgerlichen Parteien die parlamentarische Macht des Feudaladels und der Großbourgeoisie zer schlagen hatte. An ihre Stelle trat der Absolutismus der Bürokratie. Großbourgeoisie und Feudaladel regierten nicht mehr selbst, aber sie regierten weiter durch die ihrem Einfluß unterworfenen bürokratischen Regierungen. Der Kapitalist und der Feudalherr, den Kleinbürgerlichen Massen allzu verhaßt geworden, als daß sie noch selbst hätten regieren können, konnten trotzdem weiter herrschen, sobald sie sich in den Falten des Krönungsmantels des Kaisers und der Uniformen seiner Bürokraten versteckten. Die Kleinbürgerlichen Parteien, die ausgezogen waren, die Herrschaft der Großbourgeoisie und des

¹) Exekutive = vollziehende Gewalt, Regierungsgewalt; Legislative = gesetzgebende Gewalt, Parlamentsgewalt.

Feudaladels zu brechen, ergriffen nicht selbst die Macht, sie wurden vielmehr zur Stütze des bürokratischen Absolutismus, durch den die Großbourgeoisie und der Feudaladel nunmehr die Macht ausübten. Alle besitzenden Klassen Deutschösterreichs, von der Großbourgeoisie bis zu den Kleinbürgern und Bauern, waren nunmehr ralliiert unter der Hegemonie der regierenden Bürokratie.

Gegen diesen auf die Gesamtheit der besitzenden Klassen der deutschen Nation gestützten Absolutismus kämpften einerseits die slawischen Nationen, anderseits die deutschösterreichischen Arbeiter. Wie die Arbeiterklasse 1895 bis 1899 an der Seite der deutschen bürgerlichen Parteien die Regierungen des Feudaladels bekämpft hatte, so bekämpfte sie jetzt an der Seite der slawischen bürgerlichen Parteien die Regierungen der Bürokratie. Die deutschen kleinbürgerlichen Parteien, die im Kampf gegen die Großbourgeoisie aufgestiegen waren, waren jetzt mit derselben Großbourgeoisie unter der Führung der Bürokratie ralliiert, aber eben damit gerieten sie in immer schärferen Gegensatz gegen die Arbeiterklasse.

Die Kleinbürger sind Arbeitende wie die Arbeiter, Besitzende wie die Kapitalisten; zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse in der Mitte stehend, sieht das Kleinbürgertum bald in der Kapitalistenklasse, bald in der Arbeiterklasse seinen eigentlichen Feind. Solange die Arbeiterklasse noch schwach war, hatte das Kleinbürgertum die Arbeiter noch nicht zu fürchten hatte, hatte das Kleinbürgertum den Kapitalismus bekämpft, seinen Klassenkampf gegen die Großbourgeoisie geführt. Nunmehr war aber die Arbeiterklasse mächtig erstarkt. Die Gewerkschaften zwangen auch den Kleingewerbetreibenden Lohn-erhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit auf. Die Arbeiterkonsumvereine schränkten den Absatz der Kleinhändler ein. Der Aufstieg der Industriearbeiter lockt die Dorfproletarier in die Stadt, er rief dadurch die Leutenot auf dem Lande hervor, die auch die Bauern zwang, ihren Knechten höhere Löhne zu bewilligen. In den Lohnkämpfen standen Großindustrielle und Kleingewerbetreibende einander gegen die Arbeiter bei. In der Agrarischen Zentralstelle waren Feudalherren und Bauern vereinigt. Nicht mehr der Kapitalist und der Feudalherr, sondern der Arbeiter erschien dem Kleinbürger jetzt als der gefährlichste Gegner. Und dieser sozialen Entwicklung entsprach die politische: Unter dem Privilegienwahlrecht, das die Arbeiter aus den Wahlkörpern ausschloß, hatten Christlich-soziale und Deutschnationale ihren Kampf gegen die Liberalen, die Partei der Großbourgeoisie geführt; unter dem allgemeinen Wahlrecht hatten sie im Wahlkampf nur noch einen gefährlichen

Gegner: die Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie. So veränderte sich der Charakter der bürgerlichen Parteien: ihre anti-kapitalistischen Tendenzen, vorherrschend in der Zeit ihres Kampfes gegen die Großbourgeoisie, wurden nun immer schwächer, ihre antiproletarischen, der Arbeiterschaft feindlichen Tendenzen immer stärker.

Damit veränderte sich aber auch das Verhältnis der Großbourgeoisie zu den kleinbürgerlichen Parteien. Hatte die Großbourgeoisie einst diese Parteien als ihre Gegner bekämpft, so begann sie jetzt, sich dieser kleinbürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterklasse zu bedienen. Bei den Wahlen 1911 unterstützten Großbanken und Großindustrielle die Christlichsozialen und die Deutschnationalen mit großen Geldmitteln, um einen Sieg der Sozialdemokratie zu verhindern. Die kleinbürgerlichen Parteien verwandelten sich aus Kampforganisationen des Kleinbürgertums gegen die Großbourgeoisie in Werkzeuge der Großbourgeoisie gegen die Arbeiterklasse.

Die Großbourgeoisie bediente sich jetzt ihrer historischen Gegner, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Hatte die Großbourgeoisie in den sechziger Jahren den Absolutismus der Bürokratie gestürzt, um selbst die Regierung in ihre Hand zu nehmen, so bediente sie sich nunmehr gerade des bürokratischen Absolutismus als ihres Herrschaftsinstruments. Hatte die Großbourgeoisie in den siebziger und achtziger Jahren mit dem Feudaladel um die Macht gekämpft, so waren jetzt Großindustrielle und Großgrundbesitzer gegen den plebejischen Parlamentarismus des allgemeinen Wahlrechtes verbündet. War die Großbourgeoisie in den neunziger Jahren in schwerem Kampf gegen die aufsteigenden kleinbürgerlichen Parteien gestanden, so bediente sie sich nunmehr dieser kleinbürgerlichen Parteien als eines Damms gegen den Aufstieg der Arbeiterklasse. Der Aufstieg der kleinbürgerlichen Demokratie hatte nicht mit der Entthronung der Großbourgeoisie geendet, sondern nur mit einer Veränderung der Formen und Mittel ihrer Herrschaft.

Aber diese neue Herrschaftsmethode trieb das Reich der Katastrophe zu. Der bürokratische Absolutismus verschärfte die nationalen Gegensätze. Er verstärkte die Auflehnung der slawischen Nationen gegen das Reich. Der Kaiser, die Generale, die Bürokraten glaubten die permanente Staatskrise nicht mehr anders lösen zu können als durch den Krieg. Der Krieg steigerte den bürokratischen Absolutismus zu jenem Kriegsabsolutismus, der unter dem Beifall der deutschen bürgerlichen Parteien die slawischen Nationen und die Arbeiterklasse mit blutiger Faust niederhielt. Aber die Niederlagen auf den Schlachtfeldern zerschmetterten den Herrschaftsapparat des Absolutismus. Nun

rissen sich die slavischen Nationen vom Reiche los. Nun ging die Revolution durch Osterreich.

Bourgeoisie und Arbeiterklasse.

Durch den Umsturz riß die Arbeiterklasse die Vorherrschaft an sich. Die Arbeiterschaft hat den Kaiser und seine Generale davongejagt. Sie hat die Republik aufgerichtet und damit die Exekutive der Legislative, die Bürokratie, dem Parlament unterworfen. Die Mächte, die das alte Osterreich beherrscht hatten, Dynastie, Generalität und Bürokratie, waren gestürzt.

Auch die Macht des Feudaladels brach zusammen. Die Latifundien Böhmens, Mährens, Galiziens liegen außerhalb des heutigen Osterreich; der deutschösterreichische Großgrundbesitz, an sich viel schwächer als die böhmischen Feudalen und die polnischen Schlachzigen, verlor mit dem kaiserlichen Hof, mit dem Herrenhaus, mit den Großgrundbesitzerkurien der Landtage wichtige Stützpunkte seiner Macht. Die gesetzliche Abschaffung der Adelstitel war das Symbol der Niederlage des Feudaladels. Fortan kann der Großgrundbesitz nicht mehr als selbständige Macht auftreten, sondern nur als eine Sektion der Großbourgeoisie.

Auch die Großbourgeoisie war in der Zeit des Umsturzes völlig eingeschüchtert. Sie konnte nicht mehr durch die ihr eng verbundene Bürokratie den Staat regieren. Sie war ohne Einfluß auf das unter dem mächtigen Druck der revolutionären Massenbewegung stehende Parlament. Sie konnte die gewaltige Vergrößerung der Macht der Arbeiterklasse im Staat, in den Ländern und in den Gemeinden, in den Fabriken und Büros, in den Schulen und in den Kasernen nicht verhindern. Sie mußte es geschehen lassen, daß die Gesetzgebung unter der Führung der Sozialdemokratie das Arbeiterrecht und die Arbeiterschutzgesetzgebung neugestaltete. Ohne Rückhalt im Lande, suchte die Großbourgeoisie den Schutz des Auslandes; bei allen Ententemissionen bettelten sie um die Intervention des Auslandes gegen das eigene Volk.

Aber so ohnmächtig die Großbourgeoisie zunächst auch war, die drückende Finanznot des Staates, die Folge des Krieges, des Zerfalls des alten Reiches, des Gewaltfriedens, gab den Finanzmächten Gelegenheit, ihre Macht wiederherzustellen. Die kapitalistische Presse, die stärkste politische Waffe, die der Großbourgeoisie geblieben war, machte die regierende Sozialdemokratie für die Geldentwertung, die Folge der Finanznot, verantwortlich; breite Mittelschichten, die 1918 von den durch den

Krieg kompromittierten bürgerlichen Parteien abgefallen waren, fielen unter dem Eindruck dieser kapitalistischen Agitation an die bürgerlichen Parteien zurück. Bei den Wahlen 1920 erlitt die Sozialdemokratie eine Niederlage; die bürgerlichen Parteien übernahmen allein die Regierung. Nun unternahm es die Großbourgeoisie, diese bürgerliche Regierung und ihre Parlamentsmehrheit völlig in den Dienst des Großkapitals zu bringen.

In der Tat warfen sich die bürgerlichen Parteien unter dem Druck der Finanznot mit dem Genfer Vertrag (1922) der Hochfinanz in die Arme. Da der Staat seine Rettung in großen Krediten suchte, wurde er von den Großbanken, die diese Kredite gewährten, völlig abhängig. Der große Auslandskredit wurde nur unter der Bedingung erlangt, daß eine Kommission internationaler Bankiers, vom Völkerbundsrat delegiert, das „Reform- und Sanierungsprogramm“ diktierte und ein Vertrauensmann der internationalen Hochfinanz als General-Kommissär des Völkerbundes die Regierung unter seine Kontrolle stellte. Die Mitwirkung der heimischen Hochfinanz an einer Notenanleihe und an der Aufbringung des Kapitals für die Notenbank wurde mit Zugeständnissen an die Großbourgeoisie erkaufte. Der Wunsch, das Vertrauen der ausländischen und der heimischen Kreditgeber zu erwerben, machte die ganze Finanz- Steuer- und Wirtschaftspolitik der Regierung den Interessen und Anschauungen der Großbourgeoisie dienstbar.

Bald konnte die Großbourgeoisie einen Schritt weiter gehen. In der Monarchie hatte sie ihrer Machtstellung im Parlament entsagen können, da sie durch die bürokratischen Regierungen ihre Macht ausüben konnte; in der Republik, die die Bürokratie dem Parlament unterworfen hat, kann die Großbourgeoisie eine Machtstellung im Parlament nicht entbehren. Es genügt ihr daher nicht, sich, wie früher schon, der bürgerlichen Parteien als ihres Werkzeugs gegen die Arbeiterklasse zu bedienen, sie muß vielmehr in die bürgerlichen Parteien selbst einzudringen, sie ihrer Führung zu unterwerfen versuchen. Bei den Wahlen 1923 tauchten zum erstenmal unter den Kandidaten der Christlichsozialen und der Großdeutschen Vertreter der Großindustrie (Streeruwitz, Weidenhoffer, Reiner, Altmann) und des Bankenverbandes (Wantschura) auf. Drei Vertreter der Großindustrie wurden als Christlichsoziale, ein Industriellensekretär als Großdeutscher gewählt.

Die Beziehungen zwischen den bürgerlichen Parteien und der Großbourgeoisie wurden nunmehr sehr eng. Die Generalversammlungen der Großbanken beschließen Dankresolutions an Seipel, die Organisationen der Großindustriellen jubeln Seipel zu, der als Redner in ihren Versammlungen auftritt, die groß-

Bourgeoise „Gesellschaft“ erkennt den Christlichsozialen Kanzler als ihren Führer an, die kapitalistische Presse steht in seinem Dienst. Andererseits haben die Christlichsozialen und die Großdeutschen die antikapitalistischen Anschauungen und Forderungen, die sie in den achtziger und neunziger Jahren vertreten haben, nunmehr vollständig aufgegeben, sie treten nicht mehr als Vertreter des Kleinbürgertums und der Großbourgeoisie, sondern als Vertreter der ganzen bürgerlichen Gesellschaft der Arbeiterklasse entgegen.

Das kleine und mittlere Bürgertum hat seinen Klassenkampf gegen die Großbourgeoisie geführt, solange es die Arbeiterklasse noch nicht zu fürchten hatte. Nunmehr, von der Arbeiterklasse bedroht, hat es sich der Großbourgeoisie in die Arme geworfen. Christlichsoziale und Großdeutsche sind nicht mehr kleinbürgerliche Parteien, sondern gesamtbürgerliche Parteien, die die Gesamtheit der besitzenden Klassen von der Großbourgeoisie und dem Großgrundbesitz bis zum Kleinbürgertum und der Kleinbauernschaft zum gemeinsamen Klassenkampf gegen die Arbeiterklasse zu vereinigen versuchen; aber eben damit gelangen sie unvermeidlich immer mehr unter die Führung der sozial und finanziell stärksten unter den vorhandenen Klassen, unter die Führung der Großbourgeoisie. Die beiden Parteien, die vor einem Menschenalter das Bürgertum von der Hegemonie der Großbourgeoisie befreit haben, geraten jetzt selbst unter die Hegemonie der Großbourgeoisie.

Vogelsang hat in den achtziger Jahren das Kleinbürgertum gegen den Kapitalismus aufgeboten, um es als Sturmbock des Feudaladels gegen die Großbourgeoisie zu benutzen. D u e g e r hat in den neunziger Jahren die kleinbürgerliche Masse wirklich von der Hegemonie der Großbourgeoisie befreit, sie später auch aus der Abhängigkeit vom Feudaladel gelöst und damit eine selbständige Partei des kleinen und mittleren Bürgertums begründet. Aber schon G e s m a n n und W e i s f i r c h n e r haben seit 1908 diese Partei wieder unter die Hegemonie des bürokratischen Absolutismus, also mittelbar auch der die Bürokratie beeinflussenden Großbourgeoisie gestellt und ihre Kampffront gegen die Arbeiterklasse gewendet. S e i p e l endlich führt das kleine und mittlere Bürgertum unter die Hegemonie der Großbourgeoisie zurück, damit es unter ihrer Führung den Ansturm der Arbeiterklasse abwehre.

Die konservative Macht der katholischen Kirche dient immer der jeweils herrschenden gegen die jeweils aufsteigende Klasse. Von den sechziger bis zu den neunziger Jahren verteidigte die Kirche den Feudaladel gegen die aufsteigende Großbourgeoisie; damals stellte sie die ihrem Einfluß untertanen Bauern und

Kleinbürger in den Dienst des Feudaladels gegen die liberale Großbourgeoisie. Heute verteidigt die Kirche die Großbourgeoisie gegen die aufsteigende Arbeiterklasse; jetzt stellt sie die ihrem Einfluß untertanen Bauern und Kleinbürger in den Dienst der Großbourgeoisie gegen die sozialdemokratische Arbeiterchaft.

Die Großbourgeoisie, liberal in der Zeit ihres Kampfes gegen den Feudaladel, wird klerikal in der Zeit ihres Kampfes gegen die sie bedrohende Arbeiterklasse. Mag der einzelne Kapitalist Jude, Freimaurer, Atheist sein, er sieht doch, daß nur die geistige Macht der Kirche breite Volksmassen gegen die Werbekraft des Sozialismus immunisieren, sie in der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien halten, dem Anschwellen der Sozialdemokratie einen Damm entgegensetzen und dadurch seine Klasse vor dem Ansturm der Arbeiterklasse schützen kann. Darum jubeln jetzt Bankmagnaten und Großindustrielle dem Prälaten Seipel zu: die wirtschaftliche Macht des Kapitals und die geistige Macht der Kirche sind gegen die Arbeiterklasse verbündet.

Ebenso wie die Funktion des Klerikalismus hat sich auch die Funktion des Antisemitismus verändert. Befreiung von der Judenherrschaft, — das hieß in den Anfängen der deutschnationalen und der christlichsozialen Bewegung: Befreiung des kleinen und mittleren Bürgertums von der Hegemonie der zum großen Teil jüdischen Großbourgeoisie, vor allem der Hochfinanz. Heute dient die ganze Finanz-, Steuer-, Wirtschaftspolitik der Christlichsozialen und der Deutschnationalen selbst den Interessen der ebenso wie damals zum großen Teil jüdischen Großbourgeoisie, vor allem der Hochfinanz. Trotzdem können diese Parteien auch heute den Antisemitismus nicht ganz entbehren. Sie brauchen volkstümliche antisemitische Schlagworte im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Der Antisemitismus, einst die Parole des Kleinbürgertums im Kampfe gegen die Großbourgeoisie, dient nunmehr der Großbourgeoisie selbst, indem er von den der Großbourgeoisie dienstbaren bürgerlichen Parteien als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie benützt wird. Der jüdische Kapitalist bezahlt gern die Druckkosten antisemitischer Wahlflugblätter, um die Sozialdemokratie zu schwächen.

Die Macht der liberalen Großbourgeoisie von den sechziger bis zu den neunziger Jahren stützte sich nur auf einen sehr kleinen Teil des Volkes. Nur das Privilegienwahlrecht und die Tatsache, daß nur ein kleiner Teil selbst der Wahlberechtigten an dem öffentlichen Leben Anteil nahm, sicherte der liberalen Großbourgeoisie ihre Machtstellung. Daher brach ihre parlamentarische Macht zusammen, als die Wahlreformen (1882, 1896, 1906) den Kreis der Wahlberechtigten erweiterten und der Aufstieg der kleinbürgerlichen Parteien neue Volksmassen in die

politische Arena führte. Jetzt sichert sich die Großbourgeoisie ihre Herrschaft mit ganz anderen Mitteln. Indem sie in die kleinbürgerlich-bäuerlichen Massenparteien eindringt und dadurch die kleinbürgerlich-bäuerlichen Massen ihrer Führung unterwirft, sichert sie ihrer Klassenherrschaft die demokratische Weihe der Bestätigung durch den Willen der Mehrheit des Volkes.

Den unter das Kommando der Großbourgeoisie geratenen bürgerlichen Parteien steht die Arbeiterklasse gegenüber. Ihren Kern bildet die industrielle und gewerbliche Arbeiterschaft. Sie ist und bleibt die Kerntruppe der Sozialdemokratie. Die Furcht vor ihr schweift die bürgerlichen Parteien zu einer reaktionären, von der Großbourgeoisie kommandierten Masse zusammen. Aber sie steht nicht mehr allein. Die Revolution von 1918 hat den Wirkungsbereich der Sozialdemokratie über die Massen der industriellen und gewerblichen Arbeiterschaft hinaus erweitert. In den Städten stießen zur Sozialdemokratie breite Massen von Angestellten und Beamten. Auf dem Lande weckte der Umsturz die Kleinen im Dorfe: Massen von landwirtschaftlichen Arbeitern, Knechteln, Kleinbauern strömten der Sozialdemokratie zu. Breite Schichten in Stadt und Land, die vordem in der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien gewesen waren, scharen sich um die industrielle Arbeiterschaft, um vereint mit ihr den Klassenkampf gegen die Großbourgeoisie zu führen. Die Anziehungskraft der Sozialdemokratie auf breite Massen von Kleinbürgern und Kleinbauern wird wachsen, je mehr die bürgerlichen Parteien unter das Kommando der Großbourgeoisie geraten.

Die kleinbürgerlichen Massen, die bisher die Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien gebildet haben, setzen sich aus sehr verschiedenen Elementen zusammen. Es sind unter ihnen soziale Gruppen, deren Unternehmerstellung sie in schroffen, unüberbrückbaren Gegensatz gegen die Arbeiterschaft setzt; dazu gehören die größeren und mittleren Gewerbetreibenden und Kaufleute in der Stadt, die Großbauern auf dem Lande. Mit ihnen waren aber bisher in den bürgerlichen Parteien auch andere Elemente vereinigt, Elemente, deren Interessen sie in keinen Gegensatz gegen die Arbeiterklasse, aber scharfen Gegensatz gegen die Großbourgeoisie setzen. Dazu gehören vor allem die Angestellten, Beamten, Lehrer, die, ihrer Berufsstellung nach der Arbeiterklasse zugehörig, sich aber bisher durch Abkunft, Erziehung und Lebensgewohnheiten dem Bürgertum verbunden fühlten; gehören aber auch zahlreiche proletarische Existenzen in den

freien Berufen, unter den Handwerksmeistern, den Greißlern, den Reuschlern und Kleinbauern.

Die bürgerlichen Parteien konnten alle diese so verschiedenen Elemente unter ihren Fahnen sammeln, als sie das kleine und mittlere Bürgertum zum Klassenkampf gegen die liberale Großbourgeoisie aufboten. Aber auch nach ihrem Sieg über die liberale Partei, nachdem sie sich der Hegemonie des von der Großbourgeoisie kontrollierten bürokratischen Absolutismus unterworfen und ihre Waffen gegen die Arbeiterklasse gewendet hatten, konnten die bürgerlichen Parteien immer noch die verschiedenartigen Elemente in ihren Reihen zusammenhalten. Denn damals regierte ja die Großbourgeoisie nicht selbst, sie versteckte sich hinter der regierenden Bürokratie, sie trat nicht selbst an die Spitze der diese Bürokratie unter patriotischen und nationalen Vorwänden unterstützenden bürgerlichen Parteien; diese Parteien konnten sich daher vor den Volksmassen immer noch als Vertreter einer radikalen, anti-kapitalistischen Politik gebärden. Erst die Revolution hat die Schutzwand des bürokratischen Absolutismus, hinter der sich die Großbourgeoisie verborgen hatte, niedergerissen; nun mußte die Großbourgeoisie aus ihrem Versteck herauskommen, sich offen an die Spitze der bürgerlichen Parteien stellen, augenfällig die bürgerlichen Parteien in ihren Dienst stellen. Dadurch erst wurden die bürgerlichen Parteien von den Volksmassen entlarvt. Damit erst beginnt die politische Differenzierung der kleinbürgerlich-bäuerlichen Massen. Diejenigen ihrer Elemente, die ihre Unternehmerstellung in Gegensatz gegen die Arbeiterklasse stellt, bleiben den bürgerlichen Parteien treu; sie bilden jetzt die Truppen, die die Großbourgeoisie kommandiert. Diejenigen aber, deren überwiegende Interessen sie in Gegensatz gegen die Großbourgeoisie setzen, beginnen sich von den unter die Hegemonie der Großbourgeoisie gefallenen bürgerlichen Parteien loszulösen; indem sie zur Sozialdemokratie stoßen, werden sie zu Alliierten der Arbeiterklasse.

Die Zeit einer selbständigen Politik des Kleinbürgertums ist vorüber. Das Kleinbürgertum hat nur noch die Wahl zwischen der Hegemonie des Kapitals und der Allianz mit dem Proletariat. Vor diese Wahl gestellt, spaltet sich das Kleinbürgertum. Fällt ein Teil von ihm unter die Hegemonie der Großbourgeoisie, so gesellt sich der andere Teil der Arbeiterklasse.

In den sechziger, siebziger und achtziger Jahren war der beherrschende Klassengegensatz der Gegensatz zwischen dem Feudaladel und der Großbourgeoisie. Die kleinbürgerlich-bäuerlichen Massen aber waren gespalten: ein Teil von ihnen bildete die Gefolgschaft des Feudaladels, ein anderer

Teil stand unter der Hegemonie der Großbourgeoisie. Ähnlich ist es nun wieder. Der beherrschende Klassengegensatz unserer Zeit ist der Gegensatz zwischen Großbourgeoisie und der Arbeiterklasse. Die kleinbürgerlich-bäuerlichen Massen spalten sich. Während ein Teil von ihnen, die Kampftruppen der bürgerlichen Parteien bildend, unter die Hegemonie der Großbourgeoisie fällt, schart sich der andere Teil unter den Fahnen der Sozialdemokratie um die Arbeiterklasse.

Der Klassenkampf zwischen dem Feudaladel und der Großbourgeoisie in den siebziger und achtziger Jahren war ein Kampf um die Mittelschichten. Jede der beiden Klassen suchte möglichst viele Elemente der Mittelschichten aus der Einflußsphäre der anderen Klasse herauszureißen und der eigenen Hegemonie zu unterwerfen. Ebenso wird heute der Klassenkampf zwischen der Großbourgeoisie und der Arbeiterklasse zum Kampf um die Mittelschichten. Die Großbourgeoisie kann ihre Herrschaft nur dann behaupten, wenn es ihr gelingt, die kleinbürgerlich-bäuerlichen Massen unter ihrer Hegemonie zu erhalten. Die Arbeiterklasse kann nur dann die Herrschaft der Großbourgeoisie stürzen, nur dann die Mehrheit im Volk und im Parlament erobern, nur dann die Herrschaft im Staat an sich reißen, wenn es ihr gelingt, einen Teil der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Massen von den bürgerlichen Parteien loszureißen und sie für die Sozialdemokratie zu gewinnen.

Die Arbeiterklasse und das arbeitende Volk.

Vor einem Menschenalter stand noch ein sehr großer Teil der Arbeiterschaft unter bürgerlichem Einfluß. Der Einfluß ihrer kleinbürgerlichen oder bäuerlichen Abstammung, ihrer kleinbürgerlichen oder bäuerlichen Umgebung, der Einfluß der Schule, der Kirche und der bürgerlichen Presse hielt sehr viele Arbeiter im Banne der bürgerlichen Parteien. Die Aufgabe der Sozialdemokratie war es damals, diese Arbeiter erst zum Klassenbewußtsein zu erwecken, sie erst zu ihrer Klasse zu führen, sie erst von ihrer geistigen Abhängigkeit von ihrer kleinbürgerlich-bäuerlichen Umgebung zu befreien.

Es war die Zeit des Aufstieges der kleinbürgerlichen Parteien, ihrer Kämpfe gegen die Großbourgeoisie. In diesen Kämpfen gebärdeten sich die kleinbürgerlichen Parteien als Sachwalter des „ganzen arbeitenden Volkes“, als Vertreter „aller ehrlich arbeitenden Stände“. Um die Arbeiter von dem Einfluß der bürgerlichen Parteien zu befreien, mußte die Sozialdemokratie damals die Arbeiter erkennen lehren, daß das arbeitende Volk in verschiedene Klassen zerfällt; daß die

Kleinbürgerlich-bäuerlichen Parteien nicht das ganze arbeitende Volk vertreten, sondern nur das mittlere und kleine Bürgertum und die Bauernschaft, nicht aber die Arbeiterklasse.

Das Ergebnis der Kämpfe der Sozialdemokratie gegen die Kleinbürgerlichen Parteien war die Konstituierung des Proletariats als Klasse: die Befreiung der Arbeiter vom geistigen Einfluß des Bürgertums und von der politischen Führung der bürgerlichen Parteien, die Vereinigung der Arbeiter in mächtigen Organisationen, der Aufmarsch der Arbeiterklasse zu selbständigem Klassenkampf.

In den Dörfern ist diese Aufgabe der Konstituierung des Proletariats als Klasse immer noch zu vollenden: dort leben immer noch zehntausende Proletarier, die noch unter dem Einfluß der bürgerlichen Parteien stehen. In den Städten und Industriegebieten dagegen ist die Aufgabe der Konstituierung des Proletariats als Klasse beinahe vollendet. Hier ist bereits die ungeheure Mehrheit der Arbeiterklasse in der Sozialdemokratie vereinigt. Hier ist die Sozialdemokratie längst zur Partei der Arbeiterklasse geworden.

Nun stehen wir vor einer neuen Aufgabe. Handelte es sich bisher darum, die Arbeiterklasse von dem geistigen und politischen Einfluß des Bürgertums, von der Hegemonie des Bürgertums zu befreien, so handelt es sich jetzt darum, möglichst breite Schichten des Kleinbürgertums und der Kleinbauernschaft für uns zu erobern, sie um das bereits als Klasse konstituierte Proletariat zu scharen, sie unter der Führung der Partei des Proletariats, unter der Führung des bereits als Klasse konstituierten Proletariats zum gemeinsamen Kampfe gegen die Großbourgeoisie zu gewinnen. Handelte es sich bisher darum, die Arbeiterklasse von dem geistigen und politischen Einfluß des Bürgertums zu befreien, so handelt es sich jetzt darum, möglichst breite Schichten des Kleinbürgertums und der Bauernschaft unter den geistigen und politischen Einfluß der Arbeiterklasse zu bringen, um sie der Arbeiterklasse als Bundesgenossen zu gewinnen.

Kleinbürgerlich-bäuerliche Parteien sind nicht imstande, den Klassenkampf gegen die Großbourgeoisie bis zum Sieg zu führen. Da innerhalb dieser Parteien diejenigen Elemente des Kleinbürgertums und der Bauernschaft am stärksten sind, deren Unternehmerstellung sie in Gegensatz gegen die Arbeiterklasse setzt, werfen sich diese Parteien immer der Großbourgeoisie in die Arme, sobald der Aufstieg der Arbeiterklasse alle Unternehmer, die kleinen wie die großen, schreckt. Sie haben in den achtziger und neunziger Jahren gegen die Hegemonie der Groß-

bourgeoisie rebelliert. Aber sie haben sich schon 1908 der Hegemonie der von der Großbourgeoisie beeinflussten und kontrollierten Bürokratie unterworfen und sie fallen jetzt, da die bürokratische Scheidewand gefallen ist, ganz offen unter die Hegemonie der Großbourgeoisie zurück.

Nur die Arbeiterklasse steht in allseitigem und unerbötlichem Gegensatz gegen die Großbourgeoisie. Nur sie kann und muß den Kampf gegen die Großbourgeoisie bis zum Siege führen. Sie ist die zahlreichste, die kampffähigste, die tatkräftigste aller Klassen des arbeitenden Volkes, deren Interessen denen der Großbourgeoisie entgegengesetzt sind. Deshalb müssen sich schließlich alle Elemente des Kleinbürgertums und der Kleinbauernschaft, deren überwiegende Interessen nicht denen der Arbeiterklasse, sondern denen der Großbourgeoisie entgegengesetzt sind, mit der Arbeiterklasse verbünden und dadurch tatsächlich unter die Führung der Arbeiterklasse als der stärksten und aktivsten unter den gegen die Großbourgeoisie verbündeten Klassen stellen.

Heute müssen wir uns also, über die Arbeiterklasse in die Reihen der anderen Klassen des arbeitenden Volkes, nämlich des Kleinbürgertums und der Kleinbauernschaft hinausgreifend, die Vereinigung des arbeitenden Volkes, aller arbeitenden Klassen des Volkes zum gemeinsamen Kampf gegen die Großbourgeoisie als Ziel setzen, ganz ähnlich, wie dies in den achtziger und neunziger Jahren die kleinbürgerlichen Parteien als ihr Ziel verkündet haben. Sie aber wollten damals „alle ehrlich arbeitenden Stände“ vereinigen unter der Führung der großen und mittleren Gewerbetreibenden in der Stadt und der Herrenbauern auf dem Lande, also unter der Führung von Unternehmerischen, deren Interessen, denen der Arbeiterschaft entgegengesetzt, sie schließlich in Allianz mit der Großbourgeoisie gegen die Arbeiterschaft bringen und dadurch unter die Hegemonie der Großbourgeoisie zurückwerfen mußten. Wir dagegen wollen jetzt das arbeitende Volk, wollen also mit den Arbeitern die arbeitenden, der Großbourgeoisie feindlichen Schichten des Kleinbürgertums und der Bauernschaft vereinigen unter der Führung der Arbeiterklasse.

Solange es erst galt, das Proletariat als Klasse zu konstituieren, war jede Werbung der Sozialdemokratie um kleinbürgerliche oder bäuerliche Elemente gefährlich; sie drohte den proletarischen Charakter der Sozialdemokratie, die noch keineswegs die ganze Arbeiterschaft in sich vereinigt hatte, zu verwischen und dadurch die Erweckung der noch nicht für uns gewonnenen Schichten der Arbeiterklasse, ihre Gewinnung für die Sozialdemokratie zu erschweren. Heute besteht diese Gefahr

nicht mehr. Die Arbeiterklasse ist in unseren Reihen. Die überwiegende Mehrheit der Mitgliedschaft unserer Parteiorganisationen besteht aus Arbeitern; sie bestimmen daher die Politik unserer Partei. Insbesondere die Arbeiterschaft der Großbetriebe, dank ihrer Konzentration in den Betriebsstätten aktiver und einflußreicher als alle anderen Schichten des arbeitenden Volkes, übt auf die Politik unserer Partei den stärksten Einfluß. Wenn wir jetzt kleinbürgerliche und kleinbäuerliche Elemente für uns gewinnen, so kann dadurch der proletarische Charakter unserer Partei nicht mehr verwischt werden; kommen sie zu uns, so geraten sie ebendadurch unter den geistigen Einfluß, unter die politische Führung der Arbeiterschaft, verstärken sie als Bundesgenossen der Arbeiter die Macht der Arbeiterschaft.

Wir müssen bleiben, was wir schon sind: die Partei der Arbeiterklasse. Aber wir müssen jetzt, um der Arbeiterklasse die Macht zu erobern, zu mehr werden: zur Partei des sich unter der Führung der Arbeiterklasse sammelnden arbeitenden Volkes.

Der Gedanke, daß die Arbeiterklasse die natürliche Führerin, die natürliche Vorhut des ganzen arbeitenden Volkes, also auch der Kleinbauern und Kleinbürger, ist, daß sie berufen ist, im Kampfe gegen die Großbourgeoisie das ganze arbeitende Volk unter ihrer Führung zu sammeln, ist schon von Karl Marx und Friedrich Engels ausgesprochen worden.

In den letzten Jahren haben besonders die russischen Bolschewiki an diesen Gedanken angeknüpft. In seiner Geschichte des Bolschewismus nennt Sinowjew diesen Gedanken die „eigentliche Entdeckung Lenins“, das eigentlich Neue, das der russische Bolschewismus den internationalen Sozialismus gelehrt habe.

Die Bauern, die in Rußland die überwiegende Mehrheit des arbeitenden Volkes bilden, sind dort eine analphabetische, politisch vollkommen indifferente Masse. Unter der Herrschaft des Zaren (bis 1917) hatten sie an dem staatlichen Leben und den politischen Kämpfen Rußlands keinerlei Anteil, sie waren von keiner Partei beeinflusst, von keiner Organisation erfaßt, von keiner Presse erreicht. 1917 weckte die städtische Revolution in diesen Bauernmassen eine Bewegung, die die Aufteilung des Landes der Gutsherren auf die Bauern forderte. Die Bolschewiki nützten diese Bewegung aus, sie bemächtigten sich durch einen Handstreich der Staatsgewalt und dekretierten sofort die Aufteilung des Herrenlandes auf die Bauern. Sobald diese Forderung der Bauern erfüllt war, fielen die Bauern sofort wieder in politische Indifferenz zurück. Sie sind der bolschewistischen Regierung nicht feind, da sie ja aus ihren Händen das

Herrenland empfangen haben. Aber sie kümmern sich weiter nicht darum, wer in Moskau regiert und wie dort regiert wird, solange die Regierung nur ihren wirtschaftlichen Interessen nicht allzu nahe tritt, und gehorchen den Dekreten der bolschewikischen Regierung ganz so als gehorsame Untertanen, wie sie den Ufassen des Zaren gehorcht haben. Nur infolge der politischen Indifferenz dieser überwiegenden Mehrheit des russischen Volkes kann in Rußland die kleine bolschewikische Minderheit das große Reich beherrschen. Die Hegemonie des Proletariats über die Bauernherrschaft bedeutet in Rußland die Diktatur einer kleinen aktiven proletarischen Partei über die große, politisch uninteressierte Masse des arbeitenden Volkes.

Ganz anders bei uns. Hier sind Kleinbauern und Kleinbürger längst keine politisch indifferente Masse mehr. Sie sind schon in den achtziger und neunziger Jahren durch die Bewegung der aufsteigenden kleinbürgerlichen Parteien in den politischen Kampf hineingerissen worden, sie gehören heute noch diesen Parteien an, sie haben ihre Organisationen und ihre Presse. Sie bilden nicht eine kulturlose Masse, die einmal rebelliert und dann nach Erfüllung ihrer Wünsche in die Indifferenz zurückfällt; ihr politisches Interesse ist längst geweckt und wird von den Pfarrern und Lehrern selbst im letzten Dorfe wach erhalten. Hier sind die meisten Kleinbauern und Kleinbürger unsere politischen Gegner und werden es so lange sein, bis sie unsere Genossen werden. Ihre Gegnerschaft bereitet unserem Aufstieg zur Macht die größten Hindernisse und würde, wenn wir die Macht eroberten, der Behauptung unserer Macht die größten Hindernisse bereiten. „Die Zeit der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei“, schrieb Friedrich Engels im Jahre 1895. Sie war nicht vorbei für Rußland, wo die Bauernschaft noch eine „bewußtlose“, eine politisch indifferente Masse bildet; sie ist vorbei für Mittel- und Westeuropa, wo Kleinbürger und Bauern nicht mehr „bewußtlose“ Massen, sondern politisch sehr aktive Klassen sind, die nicht mehr in politische Indifferenz zurückfallen, sondern nur noch entweder uns an der Eroberung der Macht hindern oder als unsere Bundesgenossen uns im Kampf um die Macht unterstützen können. Um die Macht zu erobern, müssen wir hier also möglichst breite Schichten dieser Klassen für uns gewinnen: sie von den bürgerlichen Parteien loslösen, sie zu uns herüberziehen. Die Hegemonie des Proletariats über das arbeitende Volk kann hier also nicht verwirklicht werden durch eine Diktatur des Proletariats über eine „bewußtlose“ Bauernmasse, sie kann hier vielmehr nur dadurch verwirklicht werden, daß wir kleinbürgerlich-klein-

bäuerliche Massen zu aktiver Kooperation mit dem Proletariat, zu gemeinsamem Kampfe mit dem Proletariat gewinnen, indem wir sie für die Partei des Proletariats gewinnen. Die Hegemonie der Arbeiterklasse über das arbeitende Volk kann hier nur in der Weise verwirklicht werden, daß die kleinbürgerlich-kleinbäuerlichen Massen des arbeitenden Volkes unter die geistige Führung der Partei der Arbeiterklasse gelangen. Die Hegemonie des Proletariats über das arbeitende Volk kann hier also nicht bedeuten eine Diktatur des Proletariats über die kleinbürgerlich-kleinbäuerlichen Massen, sondern nur die geistige Führung dieser Massen durch die Partei des Proletariats.

Diese kleinbürgerlich-kleinbäuerlichen Massen für uns zu gewinnen — das ist nun die Aufgabe. Zu diesem Zwecke müssen wir die Kämpfe auf dem Boden der Demokratie ausnützen, um die bürgerlichen Parteien vor ihrer kleinbürgerlich-kleinbäuerlichen Gefolgschaft als Werkzeuge der Großbourgeoisie zu entlarven und um zugleich den kleinbürgerlich-kleinbäuerlichen Massen zu beweisen, daß nur die Partei der Arbeiterklasse ihre Interessen rücksichtslos gegen Großkapital und Großgrundbesitz zu verteidigen vermag. In dem Maße, als uns dies gelingt, wird sich die Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien spalten. Der Riß wird durch alle Mittelschichten der Gesellschaft hindurchgehen.

Gespalten werden die Massen der Intelligenz. Drüben, im Lager der bürgerlichen Parteien, bleibt der reiche Advokat, der in den Verwaltungsräten der Industriegeellschaften sitzt und ihre Rechtsgeschäfte führt; herüber, in unser Lager, müssen wir die Massen der Intellektuellen ziehen, die, durch die Geldentwertung pauperisiert, die an der Geldentwertung bereicherte neue Großbourgeoisie hassen und deren kulturelle Interessen sie in Gegensatz gegen den der Großbourgeoisie dienenden Merkantilismus setzen. Wir müssen diese Intellektuellen gewinnen; denn wir werden die Gesellschaft der Zukunft nicht aufbauen können ohne die Mitarbeit der Ärzte, der Ingenieure, der Gelehrten, der Künstler, vor allem nicht ohne die Mitarbeit der Lehrer!

Gespalten werden die Massen der Beamten und Angestellten. Drüben bleiben die Hofräte und die Direktoren, die ihre „Autorität“ gegen die Masse der Beamten und Angestellten verteidigen; herüber kommen muß die Masse der kleinen und mittleren Beamten und Angestellten. Wir werden die öffentliche Verwaltung erst dann vollständig beherrschen können, wenn wir die Masse der Beamten für uns gewinnen. Wir werden die Industrie erst dann wirksamer Kontrolle unterwerfen können, wenn sich das Wissen der Angestellten mit der Kraft der Arbeiter verbündet.

Gespalten werden die Massen der Kleingewerbetreibenden. Drüben bleiben die Schneider- und Tischlermeister, die in reich ausgestatteten Läden in der Inneren Stadt für die reiche Kundschaft arbeiten; herüber ziehen müssen wir die kleinen Schneider- und Tischlermeister, die, in die Glendquartiere der Vorstadt verdrängt, an die Kundschaft nicht mehr herankommen, sondern nur für die großen Konfektionäre, für die kapitalistischen Möbelhändler arbeiten können. Drüben bleibt der kleine Unternehmer, der sich, weil er selber ein paar Arbeiter ausbeutet, als Bundesgenosse der großen Ausbeuter betrachtet; herüber ziehen müssen wir die in die Rolle von Heimarbeitern kapitalistischer Unternehmungen herabgedrückten kleinen Meister, die nur gemeinsam mit ihren wenigen Gehilfen den Lohnkampf gegen das Meister und Gehilfen zugleich ausbeutende Kapital führen können. Drüben bleibt der wohlhabende Geschäftsmann; herüber ziehen müssen wir die kleinen Greifler, die, auf die Arbeiterkundschaft angewiesen, bei jeder Schwankung der Konjunktur erfahren, daß ihr Geschäft völlig von den Löhnen der Arbeiter abhängig ist.

Gespalten werden endlich auch die Massen der Bauernschaft. Drüben bleibt der Herrenbauer, der, eine Schar von Arbeitern ausbeutend, ein haßerfüllter Feind der Arbeiterklasse ist; herüber ziehen müssen wir den Kleinbauern, der allein mit seiner Familie seinen Boden bearbeitet und, da er von den Erträgen seiner Parzelle nicht leben kann, sich selbst immer wieder als Lohnarbeiter dem Großbesitzer verdingen muß. Drüben bleiben die Herrenbauern, die, Lebensmittel für den Markt produzierend, mit den Großgrundbesitzern gegen die Konsumenten verbündet sind; herüber ziehen müssen wir den Kleinbauern, der, da seine Parzelle nicht genug Getreide trägt, ihn, seine Familie, sein Vieh zu ernähren, selbst Brotfrucht und Futtermittel zukaufen muß. Drüben bleibt der Herrenbauer, der Eigentümer seiner Produktionsmittel ist; herüber ziehen müssen wir den Kleinbauern und Knechtler, der nicht eigenen, sondern gepachteten Böden bearbeitet, der kein Gespann besitzt, sondern mit dem vom Großbesitzer geborgten Gespann den Acker bestellt, der nicht über Wald und Weide verfügt, sondern im Kampf gegen die Großbesitzer steht, die sich die alten Gemeindewälder und Gemeindeweiden angeeignet haben. Wir werden den Staat nie beherrschen können, solange wir nur in Städten und Industriegebieten stark sind; wir müssen auch in den Dörfern Stützpunkte unserer Macht erobern!

Wir werden alle diese Zwischenschichten nur allmählich von den bürgerlichen Parteien loslösen, nur allmählich erobern können. Aber wenn wir auch nur einen Teil von ihnen ge-

winnen, dann werden wir zur Mehrheit im Volk und im Parlament!

Demokratie und Waffengewalt.

Auf der einen Seite die Großbourgeoisie, gestützt auf die breite Masse des Bürgertums und der Bauernschaft — das sind die bürgerlichen Parteien. Auf der anderen Seite die Arbeiterklasse, um die sich die ihr nahestehenden Schichten des Kleinbürgertums und der Kleinbauernschaft zu scharen beginnen — das ist die Sozialdemokratie. So ist das Volk in zwei Lager geteilt.

Wie stark die beiden Lager sind, zeigen die Ergebnisse der Wahlen im Oktober 1923. Bei den Wahlen erhielten: die Sozialdemokraten 1.311.882 Stimmen, die Christlichsozialen 1.494.298 Stimmen, die Großdeutschen und die Landbündler zusammen 419.274 Stimmen.

Die Christlichsozialen haben um 182.416 Stimmen mehr bekommen als wir. Gelingt es uns, nur 100.000 Wähler von den Christlichsozialen loszureißen und sie für uns zu gewinnen, so sind wir die stärkste Partei. Dann ist keine Regierung mehr möglich ohne und gegen uns!

Die drei bürgerlichen Parteien zusammen haben um 601.688 Stimmen mehr bekommen als wir. Gelingt es uns, nur 320.000 Wähler von den bürgerlichen Parteien loszureißen und sie für uns zu gewinnen, dann verfügen wir über die absolute Mehrheit im Parlament. Dann können wir Österreich regieren!

Wir haben bei den Wahlen im Jahre 1920 1.072.709 Stimmen, im Jahre 1923 1.311.882 Stimmen bekommen, haben also in drei Jahren 239.173 Stimmen gewonnen. Und wir sollten nicht in wenigen Jahren die 100.000 Stimmen gewinnen können, die wir brauchen, um zur stärksten Partei zu werden? Nicht in weiteren wenigen Jahren weitere 220.000 Stimmen gewinnen und damit zur absoluten Mehrheit im Volk und im Parlament werden?

Die Zahlen beweisen es: wir können in wenigen Jahren mit dem Stimmzettel die Mehrheit und damit die Macht in der Republik, die Herrschaft über die Republik erobern!

Wenn wir die noch außerhalb unserer Reihen stehenden Arbeiter — es sind vornehmlich landwirtschaftliche Arbeiter und Arbeiterfrauen! — gewinnen, wenn wir auch nur einen Teil der uns nahestehenden kleinbürgerlich-kleinbäuerlichen Schichten an uns ziehen, dann erobern wir mit dem friedlichen Mittel,

das die Demokratie uns gibt, mit der Waffe des Stimmzettels, die Macht!

Aber wird die Großbourgeoisie untätig zusehen, wie unjer friedliches Wachstum ihre Herrschaft sprengt? Wird sie uns nicht mit Gewalt den Stimmzettel zu entreißen suchen, ehe der Stimmzettel uns die Gewalt im Staate überantwortet? Wird sie die demokratische Republik nicht zu stürzen versuchen, ehe sie sie in unsere Hände fallen läßt?

Im November 1918 hat die Arbeiterklasse der Bourgeoisie die Republik aufgezwungen. Die Bourgeoisie mußte sich mit der Republik „abfinden“. Sie benützt jetzt die Macht ihres Kapitals, um sich die Regierungen der von dem Kredit der Kapitalisten abhängigen Republik dienstbar zu machen, um sich mit ihren Wahlsubventionen die bürgerlichen Parteien, die die Republik regieren, zu kaufen, um durch ihre Presse diesen bürgerlichen Parteien die Wähler zuzutreiben. So verwandelt sie die demokratische Republik in ein Instrument ihrer Klassenherrschaft. Aber wenn die Bourgeoisie sehen wird, daß ihr dies nicht mehr gelingt, daß die Republik dem Proletariat die Möglichkeit gibt, mit dem friedlichen, verfassungsmäßigen Mittel des Stimmzettels ihre Herrschaft zu stürzen, die Herrschaft über die Republik zu erobern, wird sie dann nicht die Republik gewaltsam zu stürzen suchen, um ihre Klassenherrschaft zu retten?

Das ist heute schon der Gedanke der Monarchisten: in der Republik wird die Macht schließlich in die Hände der Arbeiterklasse fallen; nur eine Monarchie, deren Waffengewalt die Arbeiter niederhält, kann den Großgrundbesitz und das Großkapital gegen die Arbeitermassen wirksam schützen. Die von diesem Gedanken erfüllte monarchistische Bewegung reicht tief in die Partei hinein, die die Republik regiert: in der christlich-sozialen Partei sitzt seit der letzten Wahl zwischen dem Bundeskanzler Seipel und den Großindustriellenvertretern Streeruwitz, Weidenhoffer, Reiner, der Monarchistenführer Wenjel!

Unter den Augen der Regierung werden mit den Geldern der Großindustrie und der Großbanken die schwarzgelben „Frontkämpfer“, die schwarzweißroten „Sakenkreuzler“, die bäuerlichen Heimatwehren und Selbstschutzbünde bewaffnet. Droht erst der Bourgeoisie die Gefahr, daß das Proletariat mit dem verfassungsmäßigen Mittel des Stimmzettels die Macht in der Republik erobert, dann wird sie diese ihre bewaffneten Banden zu kränken versuchen, um die Verfassung der Republik zu stürzen.

Wollen wir also mit dem verfassungsmäßigen Mittel des Stimmzettels die Mehrheit im Parlament und damit

die Macht in der Republik erobern, dann müssen wir dafür sorgen, daß die Verfassung der Republik gegen alle die bewaffneten Banden, die von den Kapitalisten und den Monarchisten aufgestellt werden, geschützt sei.

Die Verfassung der Republik gegen jeden gewaltsamen Angriff zu schützen, ist die Aufgabe des Heeres. Freilich, wenn das Heer von reaktionären Offizieren kommandiert wird und wenn die Soldaten nur blinde, willenlose Werkzeuge der Offiziere sind, dann kann gerade das Heer zum Werkzeug der Reaktion werden, gerade das Heer dazu benützt werden, die Verfassung der Republik zu stürzen und die Arbeiterklasse niederzuwerfen. Vor dieser Gefahr müssen wir uns schützen. Darum müssen wir dafür sorgen, daß die Soldaten unseres Heeres nicht blinde Werkzeuge der Befehlshaber, sondern denkende freie Bürger der Republik seien. Darum müssen wir die Wehrmänner in engster geistiger Verbindung mit der Arbeiterschaft erhalten, bei jeder Werbung dafür sorgen, daß die Wehrmannschaft durch überzeugte, begeisterte Republikaner ergänzt werde dafür kämpfen, daß sich das Offizierkorps aus den Reihen der republikanisch gesinnten Wehrmänner ergänze. So werden wir Soldaten haben, die der Republik treu, gehorsam und tapfer dienen, sich aber in keinem Falle zu einem Handstreich gegen die Verfassung der Republik mißbrauchen lassen. Aber es genügt uns nicht, daß sich das Heer nicht selbst gegen die Verfassung der Republik auflehnt. Das Heer muß vielmehr fähig sein, jede Auflehnung irregulärer bewaffneter Banden gegen die Republik jeden Aufruhr monarchistischer oder faschistischer Konterrevolutionäre schnell und mühelos niederzuwerfen. Darum müssen wir darum kämpfen, daß das Heer in republikanischem Geist, zu der Bereitschaft, Leib und Leben für die Republik zu opfern erzogen werde. Darum müssen wir dafür sorgen, daß das Heer an Ständen hinreichend stark, mit Waffen und Kriegsgerät hinreichend ausgerüstet sei.

Wir können uns nicht der Waffen unserer Soldaten bedienen, um die Macht zu erobern. Nein, die Macht müssen wir mit dem Stimmzettel erobern. Aber die Waffen unserer Soldaten sollen uns davor schützen, daß eine Konterrevolution uns der Stimmzettel in dem Augenblick aus der Hand reißt, in dem er uns zur Macht führen kann.

Wir wollen die Waffen unserer Soldaten nicht gegen die Verfassung der Republik, sondern nur zum Schutze der Verfassung der Republik benützen. Sie sollen uns die Verfassung der Republik schützen in dem Augenblick, in dem sich die Bourgeoisie gegen diese Verfassung auflehnen wird, weil der gesetzlich gebräuch der verfassungsmäßigen Rechte die Arbeiterklasse zur Macht führt.

Werben wir um die Soldaten, so ruft die Bourgeoisie entrüstet: Das Heer soll nicht ein Organ einer Partei, sondern ein Organ der Republik sein. Gewiß! Aber wir wissen: die Bourgeoisie hat sich nur so lange mit der Republik „abgefunden“, als sie die Republik beherrschen kann. Sobald die Macht in der Republik in die Hände der Arbeiterklasse zu fallen droht, wird sich die Bourgeoisie gegen die Republik auflehnen. Gerade weil wir wollen, daß das Heer in jedem Falle ein Organ der Republik bleibe, auch im Falle der Auflehnung der Bourgeoisie gegen die Republik, müssen wir die Soldaten für die einzige Partei gewinnen, die immer und unbedingt republikanisch bleiben muß: für die Partei der Arbeiterklasse.

Nicht geringere Aufmerksamkeit als dem Heere müssen wir der Polizei und der Gendarmerie zuwenden. Auch diese bewaffneten Korps dürfen nicht zu Werkzeugen der Konterrevolution werden. Darum dürfen wir die Sicherheitswachbeamten und die Gendarmen nicht als Feinde der Arbeiter behandeln, sie nicht abstoßen, nicht in das Lager der Gegner stoßen, wir müssen vielmehr alles daransetzen, sie zu gewinnen, möglichst viele von ihnen mit republikanischer Überzeugung zu erfüllen und in enge geistige Verbindung mit der Arbeiterschaft zu führen.

Aber auch die Arbeiterschaft selbst muß zum Abwehrkampf bereit sein, wenn sich Faschisten und Monarchisten gegen die republikanische Freiheit erheben. Die Arbeiterschaft zum Abwehrkampf bereit zu machen und bereit zu erhalten, ist die Aufgabe unseres Republikanischen Schutzbundes.

Wenn die Soldaten in unserem Lager bleiben, wenn wir auch nur einen Teil der Sicherheitswachbeamten und der Gendarmen für uns gewinnen, wenn der Republikanische Schutzbund stark und wachsam bleibt, dann wird es die Reaktion nicht wagen können, sich gegen die Verfassung der Republik zu erheben. Dann werden wir ohne Gewaltanwendung, ohne Bürgerkrieg, durch die bloße Anwendung des Wahlrechtes die Macht erobern können.

Die Revolution von 1918 hat die Arbeiterklasse noch nicht von der Herrschaft der Großbourgeoisie befreit. Aber sie hat ihr die Mittel gegeben, sich von dieser Herrschaft zu befreien. Indem sie die Dynastie, den alten Militarismus, den Absolutismus der Bürokratie gestürzt, alle Macht im Parlament konzentriert hat, hat sie uns die Möglichkeit gegeben, die Macht zu erobern, indem wir die Mehrheit im Parlament erobern. Indem sie zugleich den Soldaten, den Sicherheitswachbeamten, den Gendarmen den Genuß aller staatsbürgerlichen Rechte gewährleistet hat, hat sie uns die Möglichkeit gegeben, unter den Ange-

Hörigen der bewaffneten Macht zu agitieren, sie für uns zu gewinnen, sie zu organisieren und damit eine Macht aufzurichten, die es der Reaktion unmöglich machen wird, die Parlamentsmacht zu brechen, sobald die Mehrheit des Parlaments in die Hände der Arbeiterklasse zu fallen drohen oder schon gefallen sein wird. Nun gilt es, diese beiden Möglichkeiten auszunützen. Wir können binnen wenigen Jahren mit dem Stimmzettel die Mehrheit im Parlament erobern und damit die Macht ergreifen, wenn es uns nur gelingt, einen Teil der der Arbeiterklasse nahe stehenden Kleinbürgerlichen und Kleinbäuerlichen Schichten zu gewinnen. Und die Bourgeoisie wird sich gegen unsere verfassungsmäßige Machtergreifung und Machtausübung nicht auflehnen können, wenn die Soldaten, die Sicherheitswachleute und Gendarmen die Verfassung der Republik beschützen, wenn der Republikanische Schutzbund über unsere Sicherheit wacht. So kann in wenigen Jahren die Klassenherrschaft der Großbourgeoisie zerbrochen, die Macht in der Republik in den Händen der Arbeiterklasse sein!

Stimmzettel oder Bürgerkrieg?

Nach 1815 herrschte in fast allen Ländern Europas der Feudaladel unter der Hegemonie der Dynastien. Ein Jahrhundert später herrschte in fast allen Ländern Europas das Bürgertum unter der Hegemonie der Großbourgeoisie. Die Geschichte des 19. Jahrhunderts war die Geschichte des Sieges der Bourgeoisie über die Dynastien und den Feudaladel. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts wird die Geschichte des Sieges der Arbeiterklasse über die Bourgeoisie sein.

Hat die Bourgeoisie in fast allen Ländern im Verlauf des 19. Jahrhunderts den Feudaladel besiegt, so hat sie doch diesen Sieg in den einzelnen Ländern in sehr verschiedener Weise erkämpft. In Frankreich bedurfte es einer ganzen Reihe gewaltfamer blutiger Revolutionen, der Revolutionen von 1789 bis 1795, 1830, 1848, 1870/71, ehe sich die Bourgeoisie in den Besitz der Staatsgewalt setzen konnte. In England dagegen eroberte die Bourgeoisie die Macht mit parlamentarischen Mitteln, ohne gewaltfamen Umsturz: indem das Parlament die Königsmacht immer mehr einschränkte, die Aufgaben des Königs schließlich auf die Ausübung von Zeremonien bei feierlichen Staatsakten beschränkte und indem innerhalb des Parlaments die Vertreter der Grundaristokratie von den Vertretern der Bourgeoisie allmählich zurückgedrängt wurden. Das Resultat aber war in England so gut wie in Frankreich der Übergang der Macht aus den Händen der Grundaristokratie in die Hände der Bourgeoisie. So verschieden wie die Formen waren, in denen die Bourgeoisie

Ihren Sieg über die Aristokratie im 19. Jahrhundert erkämpft hat, so verschieden werden die Formen sein, in denen die Arbeiterklasse ihren Sieg über die Bourgeoisie im 20. Jahrhundert erkämpfen wird. In verschiedenen Ländern wird der Sieg in verschiedener Weise erkämpft werden müssen.

In den meisten Ländern ist die bewaffnete Macht in den Händen der Reaktion. Wo dies der Fall ist, wird die Bourgeoisie der Arbeiterklasse nicht erlauben, mit dem friedlichen Mittel des Stimmzettels die Macht zu erobern. Die Bourgeoisie wird, wie dies 1922 in Italien geschehen ist, an die Stelle des demokratischen Parlamentarismus eine brutale Gewaltherrschaft setzen, ehe das Parlament zum Machtinstrument des Proletariats wird. Wo die Bourgeoisie dem Proletariat ihre Gewaltherrschaft entgegenstellt, dort wird das Proletariat die Herrschaft der Bourgeoisie nur mit Gewalt, also nur im Bürgerkrieg brechen und nach seinem Siege im blutigen Kampf auch seine Herrschaft zunächst nur in den Formen der Diktatur, also gleichfalls als Gewaltherrschaft ausüben können.

In den Ländern dagegen, wo die Reaktion nicht so ausschließlich und nicht so unbeschränkt über die bewaffnete Macht verfügt, daß sie die Parlamentsherrschaft zerbrechen könnte, sobald die Arbeiterklasse im Begriff ist, die Mehrheit im Parlament zu erobern; in Ländern, in denen die bewaffnete Macht auch dann der Parlamentsmehrheit zu Gebote steht, wenn diese Parlamentsmehrheit zu einer proletarischen Mehrheit wird, in solchen Ländern kann die Arbeiterklasse die Macht mit dem demokratischen Mittel des Stimmzettels erobern und sie in den demokratischen Formen des Parlamentarismus ausüben.

In Österreich hat das Proletariat keine Aussicht, im Bürgerkrieg gewaltsam seine Diktatur aufzurichten. Österreich ist militärisch viel schwächer als seine reaktionären Nachbarstaaten und die Hauptzentren der Kraft des österreichischen Proletariats liegen sehr nahe einer militärisch ungeschützten Grenze. Hier hätte jeder Bürgerkrieg die bewaffnete Intervention des Auslandes zur Folge. Er würde enden nicht mit der Diktatur des Proletariats, sondern mit der Diktatur ausländischer Besatzungskommanden.

Dagegen ist in Österreich, wo die Reaktion viel weniger vollständig als in allen anderen Ländern Mittel- und Westeuropas die bewaffnete Macht in der Hand hat, die Aussicht, mit den Mitteln der Demokratie die Staatsmacht für die Arbeiterklasse zu erobern, größer, als in fast allen anderen Ländern. Wenn das Proletariat hier nur die gesetzlichen Möglichkeiten auszunutzen versteht, dann wird sehr bald die Bourgeoisie aufschreien wie Odilon Barrot 1849: „La légalité nous tue“

(„Die Gesetzlichkeit tötet uns“); aber wenn zugleich unsere Soldaten, Sicherheitswachmänner, Gendarmen, unser Schutzbund die republikanische Gesetzlichkeit bewachen, dann wird die Bourgeoisie hier diese Gesetzlichkeit nicht zu sprengen imstande sein, sobald das gesetzliche Mittel des Stimmzettels die gesetzliche Macht in unsere Hände legt.

Die Kommunisten, begeistert von der russischen Revolution, glauben, daß die Arbeiterklasse die Macht überall nur mit gleichen Mitteln werde erobern und behaupten können wie in Rußland, sie nur erobern im Bürgerkrieg, sie nur behaupten durch Diktatur und Terror. Wir Sozialdemokraten geben den Kommunisten zu, daß die Arbeiterklasse in vielen Ländern, in denen die Bourgeoisie dem Proletariat ihre Gewalt entgegenstellt, nur gewaltsam die Herrschaft der Bourgeoisie wird sprengen können. Wir geben ihnen zu, daß selbst in Osterreich außerordentliche, insbesondere kriegerische Ereignisse dem Proletariat die Mittel der Gewalt aufzwingen könnten¹⁾. Aber wenn nicht ganz außerordentliche Ereignisse die friedliche Entwicklung des Landes unterbrechen, dann wird die Arbeiterklasse in Osterreich binnen wenigen Jahren mit den gesetzlichen Mitteln der Demokratie die Macht erobern und in den gesetzlichen Formen der Demokratie die Macht ausüben können. Und das ist der für die Arbeiterklasse günstigste Fall. Denn die Macht der Arbeiterklasse wird gefestigter sein, wenn sie nicht die Macht einer Minderheit ist, die nur dank der politischen Indifferenz bewußtloser Massen das Land beherrschen kann, sondern wenn sie sich auf den aktiven Willen und die aktive Unterstützung der Mehrheit des Volkes stützt.

An die Arbeit!

Von 1848 bis 1918 hat die Arbeiterklasse um die Demokratie gekämpft. Jetzt ist die Demokratie errungen. Jetzt gilt es, die Rechte, die die Demokratie uns gegeben hat, auszunützen, um

¹⁾ Man stelle sich zum Beispiel vor, daß in Ungarn das habsburgische Königtum wiederhergestellt würde, daß die ungarischen Truppen dann unsere Grenzen überschreiten, um uns ihrem König zu unterwerfen, eine neue österreichisch-ungarische Monarchie aufzurichten, und daß die österreichischen Monarchisten den einbrechenden Feind unterstützen. In einer solchen Lage könnte das österreichische Proletariat gezwungen sein, die Macht gewaltsam an sich zu reißen und sie mit diktatorischen Mitteln auszuüben, um, auf alle republikanischen Elemente im Lande gestützt und mit den der habsburgischen Restauration feindlichen Nachbarstaaten verbündet, die nationale Verteidigung zu organisieren und den monarchistischen Hochberrät niederzuwerfen.

der Arbeiterklasse die Herrschaft im Staat, die Macht in der Republik zu erobern.

Von 1868 bis 1918 hat die Sozialdemokratie geworben, um die Arbeiter vom Einfluß des Bürgertums zu befreien, sie in der Partei der Arbeiterklasse zu vereinigen. Jetzt ist die Konstituierung der Arbeiterklasse in einer selbständigen mächtigen Partei beinahe vollendet. Jetzt gilt es, die der Arbeiterklasse nahestehenden kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Elemente um die Arbeiterklasse zu scharen, damit wir mit ihrer Hilfe die Macht erobern.

Jahrzehntelang haben wir die bewaffnete Macht der Herrenklassen, den k. und k. Militarismus bekämpft. Jetzt gilt es, die bewaffnete Macht der Republik in republikanischem Geist zu erhalten und zu erziehen, damit sie uns die demokratischen Institutionen, durch deren Ausnützung wir die Macht erobern können, gegen die Überfälle der Gegenrevolution schützen.

Jahrzehntelang haben wir die Gegensätze innerhalb der besitzenden Klassen, die Gegensätze zwischen dem Feudaladel und der Großbourgeoisie, zwischen dem Kleinbürgertum und den Herrenklassen, zwischen dem Parlament und der Bürokratie, zwischen den deutschen und den slawischen Parteien ausnützen können, um der Arbeiterklasse einzelne Zugeständnisse, einzelne Reformen, einzelne Maßregeln zu erobern. So haben wir 1870 das Koalitionsrecht, in den achtziger Jahren die ersten Arbeiterschutzgesetze, 1896 das allgemeine, 1906 das gleiche Wahlrecht erobert. Jetzt ist es anders. Jetzt sind wir so stark geworden, daß sich alle bürgerlichen Parteien, alle Elemente der Bourgeoisie gegen uns vereinigt haben. Jetzt können wir nicht mehr die Gegensätze innerhalb der besitzenden Massen ausnützen, um kleine Zugeständnisse durchzusetzen. Jetzt geht der Kampf nicht mehr um einzelne Maßregeln, um einzelne Reformen, jetzt geht der Kampf um das Ganze, jetzt geht er um die Macht.

Und die Macht ist uns jetzt greifbar nahe. Bei den letzten Wahlen haben wir einen mächtigen Ruck vorwärts gemacht. Noch ein solcher Ruck — und wir sind die stärkste Partei! Noch ein zweiter solcher Ruck — und wir sind die Mehrheit im Volk und im Parlament!

Die Möglichkeit, der Arbeiterklasse die Staatsmacht zu erobern, ist zum erstenmal da. Aber sie ist da.

Diese Tatsache muß unseren Arbeitseifer, unsere Kampflust, unsere Begeisterung aufs höchste steigern.

An die Arbeit, Genossen und Genossinnen! Erfüllen jeder und jede von uns Tag für Tag ihre Pflicht, dann weht in wenigen Jahren über Osterreich die rote Fahne!

